



ENGAGEMENT FÜR FRAUEN



»Wert-All«

Dialogveranstaltung des Landesfrauenrats

Arbeit 4.0 – Blind Spot Gender

3. Gender Studies Tagung des DIW Berlin

Frauenmonat März

Diskussion, Begegnung und Austausch am
Internationalen Weltfrauentag



landesfrauenrat

Baden-Württemberg

Herausgeberin: Landesfrauenrat Baden-Württemberg | www.landesfrauenrat-bw.de

INHALT

- 3** Frauen weltweit in Bewegung - Vorwort von Manuela Rukavina
- 4** Reaktion der Landespolitik auf unsere Beschlüsse vom Oktober 2016
- 5** »Wert-All« - Bericht über unsere Dialogveranstaltung am 10.02.2017
- 7** »Miteinander leben lernen« - Ausschnitte der Rede von Eberhard Stitz, Präsident der Stiftung Weltethos und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg
- 11** Arbeit 4.0 - Blind Spot Gender: Tagungsbericht über die 3. Gender Studies Tagung des DIW Berlin
- 14** Pressemitteilung: Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der Digitalisierung
- 15** Der Landesfrauenrat im Gespräch - Impressionen unserer Treffen
- 16** Straftat Vergewaltigung - »Nein heißt Nein« ist im Gesetz verankert!
- 17** Versorgung und vertrauliche Spurensicherung nach Vergewaltigung - Projekt mit Helios Klinikum in Pforzheim-Enzkreis
- 18** Pressemitteilung: Internationaler Weltfrauentag
- 19** Pressemitteilung: Equal Pay Day
- 20** Edeltraud Walla - eine mutige Kämpferin für Lohngerechtigkeit

FOLGEN SIE DEM LANDESFRAUENRAT AUCH AUF TWITTER UND FACEBOOK

Unter www.facebook.com/landesfrauenratbw/ und www.twitter.com/Landesfrauenrat finden Sie unsere Profile. Wir posten regelmäßig aktuelle Informationen rund um das Thema Gleichstellung, Feminismus und all das was Frauen in Baden-Württemberg bewegt.



FRAUEN WELTWEIT IN BEWEGUNG



Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates
Manuela Rukavina

Liebe Leser und Leserinnen,

Lady Gaga hat ein neues Album veröffentlicht. Die Sängerin singt in »Hey Girl« folgende Zeilen: »Hey girl, hey girl - We can make it easy if we lift each other«, was so viel heißt wie »hey Mädchen, hey Mädchen - wir können es uns einfacher machen, wenn wir uns gegenseitig hochheben«. Dieses Lied geht mir derzeit häufig durch den Kopf.

Ich bin tief beeindruckt, wie beispielsweise die Frauen der Women's march-Bewegung in den USA ein großes Solidargefühl beschwören konnten und können. Sehr berührt haben mich die Bilder der abertausenden Frauen, die mit ihren rosa Mützen vor einigen Wochen in so vielen Städten weltweit auf die Straße gegangen sind.

Auch hier bei uns war in den letzten Wochen viel los - der Internationale Frauentag, der Equal Pay Day. Bei ganz vielen Veranstaltungen haben die Frauen auch hier im Ländle gefeiert, sich engagiert, aufgezeigt und angeprangert - denn: Frauenpolitik und das Engagement für Frauen wird immer wichtiger. Ich weiß, dass steht jedes Jahr irgendwo, aber: Die Rechte und Pflichten zwischen Rolleninhabenden zeigen das Machtgefüge in einer Ge-

sellschaft auf. So steht es sinngemäß im Wörterbuch der Soziologie. Praktisch für den Alltag bedeutet das: so lange beispielsweise diese Gesellschaft hinnimmt, dass wir in Baden-Württemberg eine Entgeltlücke von 26% haben, so lange nach wie vor Frauen eine Durchschnittsrente von 635 Euro haben, so lange unser Landtagswahlrecht in der Nominierungsphase Frauen mittelbar diskriminiert, so lange wir davon ausgehen, dass Frauen unbezahlt Sorgearbeit leisten, so lange wir Gewalt gegen Frauen erleben, so lange wir Frauenfreie Führungsetagen in Behörden und Unternehmen erleben - so lange müssen wir weiter aufstehen. Auf die Straße gehen. In Veranstaltungen, Gespräche und in das politische System. Ich lade Sie alle herzlich ein, jetzt im Bundestagswahlkampf - und auch sonst bei jeder Gelegenheit- ihre Abgeordneten oder Kandidierenden in Sprechstunden zu stellen, nachzufragen und einzufordern.

Denn das finde ich wunderbar in den USA - die Frauen von Women's march verabreden sich und gehen gebündelt auf Veranstaltungen von Politikern, sie gehen geballt in Sprechstunden, sie rufen praktisch in Kette bei Ministerien an. Diese Frauen zeigen: Ohne uns geht nichts. Wir sind Wählerinnen mit Grundrechten - an uns kommt ihr nicht vorbei.

Das brauchen wir auch bei uns. Dringend. Die neue Amtsperiode des Landtags ist nun über ein Jahr am Laufen - Frauenpolitisch merkt man davon leider herzlich wenig. Keine großen Frauenpolitischen Aufschläge. Auch in Sachen Landtagswahlrecht kommt nicht wirklich Bewegung ins Spiel. Im März fand der Frauenplenartag auf Initiative der Landtagspräsidentin statt - da haben wir einen Blick auf die Vielfalt der Frauen in Baden-Württemberg geworfen. Ganz unterschiedliche Frauen haben von ihren Anforderungen und Herausforderun-

gen berichtet - da bleibt sehr viel zu tun und die Aufgabe der Politik, der Fraktionen und Ministerien ist es, da nun endlich ins Handeln zu kommen. Frauenpolitik ist kein Politikfeld, bei dem man meinen kann mit Dankungen seine Aufgaben erledigt zu haben oder welches man nur mit der eigenen biographischen Brille im eigenen Umfeld betreiben kann. Das birgt die Gefahr, dass man wegen seiner eigenen blinden Flecke nichts sieht oder denkt, alles sei gut.

Mein Gefühl ist, da müssen wir Frauen noch mal deutlicher hin stehen und sagen: Wir sind Wählerinnen mit Grundrechten, die einen Anspruch auf Repräsentanz und gleichberechtigte Rahmenbedingungen haben. Die Politik in Baden-Württemberg wird diesem Anspruch leider nicht gerecht. Deshalb werden wir nun eine neue Kampagne zum Landtagswahlrecht starten, wir werden aktiv im Bündnis gegen Altersarmut mitwirken und werden Edeltraud Walla unterstützen, die tapfer für uns alle um Entgeltgleichheit gekämpft hat und leider juristisch verloren hat. Moralisch ist sie für uns alle dennoch eine Siegerin, denn sie hat nicht länger hingenommen, dass der Kollege über 1.000,- Euro monatlich (!) mehr heimgetragen hat. Sie hat geklagt. Gekämpft. Ist aufgestanden.

Liebe Frauen, lassen Sie uns aufstehen und uns gegenseitig stützen und hochheben, damit es endlich vorwärts geht in Sachen Gleichberechtigung und nicht immer nur stagniert oder rückwärts geht.

Hey girl - we can make it easy - if we lift each other! Das wünsche ich uns und in diesem Sinne, einen kraftvollen, kämpferisch engagierten Frühling!

Ihre Manuela Rukavina
Erste Vorsitzende

WIE REAGIERT DIE LANDESPOLITIK AUF UNSERE BESCHLÜSSE VOM OKTOBER?

Auf unserer letzten Delegiertenversammlung im Oktober 2016 haben wir diverse Beschlüsse verabschiedet. Zu diesen gehörte unter anderem die Weiterentwicklung des Kommunalwahlgesetzes mit einer Berichtspflicht (»Paritätsbericht«) und eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern. Diese Beschlüsse haben wir auch an die zuständigen politischen Stellen im Land geschickt. Die Reaktionen darauf möchten wir Ihnen nicht vorenthalten und haben hier einige Auszüge aus den Antworten zusammengestellt.

Auszug der Antwort von Klaus-Peter Murawski (Chef der Staatskanzlei im Staatsministerium) vom 15.12.2016

»Hinsichtlich einer Berichtspflicht ist festzuhalten, dass bereits jetzt Anzahl und Anteil von Frauen bei Wahlvorschlägen und gewählten Gremienmitgliedern bei Kommunalwahlen erhoben werden, so dass eine breite Datengrundlage zur Verfügung steht. Ob es darüber hinaus noch eine weitere Berichtspflicht bezüglich der Geschlechterparität bedarf, muss abgewogen werden. Aus gleichstellungspolitischer Sicht wird vorgeschlagen, dass das Ministerium für Soziales und Integration gemeinsam mit dem Landesfrauenrat und ggf. weiteren gleichstellungspolitischen Akteuren Konzepte und Maßnahmen erarbeitet, um potenzielle Kandidatinnen für kommunale Gremien zu stärken. Hierzu bedarf es eines Fachaustauschs, um die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen kritisch zu bewerten und neue Vorhaben zu entwickeln.

Die im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Hilfesystems für betroffene Frauen werden konsequent fortgeführt. Eine wissenschaftliche Bedarfsanalyse bezüglich der Sicherstellung der Frauenhausfinanzierung wird nähere Erkenntnisse zur Belegung und den unterschiedlichen finanziellen Ausstattungen bringen. Für die im Koalitionsvertrag angekündigte Sicherstellung der Frau-

enhausarbeit wird unter Herausarbeitung verschiedener Finanzierungsszenarien ein Konzept entwickelt. Dies wird in enger Abstimmung mit dem Frauenhilfe- und -unterstützungssystem Baden-Württembergs, den beteiligten Ressorts sowie den kommunalen Landesverbänden erfolgen. Das Ziel ist etwaige Finanzierungslücken in diesem Rahmen zu beleuchten und darzustellen, sowie Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dies wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ich darf Ihnen an dieser Stelle auch mitteilen, dass die Mittel für die Frauenhäuser im Entwurf zum Haushaltsplan 2017 in der bisherigen Höhe enthalten sind.«

Auszug der Antwort von Bärbl Mielich (Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg) vom 19.12.2016

»Auf Basis der in diesem Jahr vorgelegten Bestandsaufnahme zur Situation des spezialisierten Hilfesystems im Bereich Gewalt gegen Frauen in Baden-Württemberg lassen sich Aussagen über das Vorhandensein des Angebots des Frauenhilfe- und -unterstützungssystems treffen, ob dieses den Leitlinien und Standards, wie sie im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen festgeschrieben sind, qualitativ entspricht. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme geben auch erste Hinweise auf die Frage, ob die Versorgung gewaltbetroffener Frauen in Baden-Württemberg bedarfsdeckend und bedarfsgerecht ist. In Baden-Württemberg gibt es eine Vielzahl an spezialisierten Einrichtungen und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen. Das Angebotsspektrum ist breit gefächert und fachlich qualifiziert umgesetzt. Die Frauenhäuser und Beratungsstellen kooperieren untereinander und mit anderen Einrichtungen. Die Unterstützungsangebote sind aber nicht für alle Betroffenen gleichermaßen niedrigschwellig zugänglich. Betroffen sind vor allem psychisch kranke Frauen und suchtkranke Frauen. Betroffen

sind auch Frauen mit Behinderung, wobei dies wesentlich auch von der Art der Beeinträchtigung abhängig ist – barrierefrei, z.B. für Rollstuhlfahrerinnen, sind nur wenig Einrichtungen. Die Versorgung mit Beratungsstellen und Frauenhäusern weist zudem regional Unterschiede auf. So gibt es in Ballungsgebieten mehr Einrichtungen als im ländlichen Raum. Diese Themen wird man sich im Rahmen der wissenschaftlichen Bedarfsanalyse des Frauenhilfe- und -unterstützungssystems widmen müssen, die noch im Jahr 2016 in Auftrag gegeben und 2017 durchgeführt werden soll.

Ebenso wird die wissenschaftliche Bedarfsanalyse bezüglich der Sicherstellung der Frauenhausfinanzierung nähere Erkenntnisse bringen. Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg wird zudem in Bezug auf die auch im Koalitionsvertrag verankerte und angekündigte Sicherstellung der Frauenhausarbeit unter Herausarbeitung verschiedener Finanzierungsszenarien ein Konzept entwickeln. Dies wird in enger Abstimmung mit dem Frauenhilfe- und -unterstützungssystem Baden-Württembergs, den beteiligten Ressorts sowie den Kommunalen Landesverbänden erfolgen. Ziel ist es, etwaige Finanzierungslücken in diesem Rahmen zu beleuchten und darzustellen sowie Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.«

Auszug der Antwort von Andreas Schwarz (Fraktionsvorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion) vom 17.01.2017

»Im April 2014 beschloss der Landtag eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen. Aus verfassungsrechtlichen Gründen war es uns nicht möglich, die paritätische Besetzung der Wahllisten verpflichtend zu machen. Es wurde jedoch ein Absatz um eine »Soll-Regelung« eingefügt. Auch wenn wir Grünen selbst das Thema als dringend erforderlich sehen und es gerne unterstützen, sehen

wir keine großen Erfolgchancen, da die gesetzlichen Vorschriften einen starken Eingriff in die Parteienfreiheit darstellen würden und somit verfassungswidrig sind. Die Grünen haben deshalb das Reißverschlussprinzip freiwillig eingeführt und konnten damit den Frauenanteil auf nunmehr 46,8% erhöhen. [...]

Die Finanzierung von Frauenhäusern ist inzwischen sichergestellt und wird vom Land gefördert. Das Land fördert als freiwillige Leistung die präventive nachsorgende Arbeit der Frauen- und Kinderschutzhäuser und stellt hierfür Mittel für investive Maßnahmen zur Verfügung. 2016 insgesamt 1.120.000 Euro, davon 500.000 Euro aus Fraktionsmitteln. Über die Mitteleinsetzung im Haushalt 2017 werden wir Sie nach den abgeschlossenen Haushaltsberatungen informieren.« ■

WELCHE WERTE HALTEN UNSERE GESELLSCHAFT ZUSAMMEN? EIN BERICHT ÜBER UNSERE VERANSTALTUNG »WERT-ALL«



Von links: Eberhard Stilz, Manuela Rukavina, Prof. Dr. Ursula Weber, Hildegard Kusicka

Vor dem Hintergrund der Diskussionen über den »Muslim Ban« in den USA, den nationalkonservativen Tendenzen überall in Europa und der anhaltenden Flüchtlingsdebatte in Deutschland, fand die Veranstaltung »Wert-All« im Hospitalhof in Stuttgart am 10. Februar statt. Diese Veranstaltung war die erste große Kooperation mit dem Landesfamilienrat, dem Landesseniorenrat und dem Landesjugendring. Über 120 Besucherinnen und Besucher diskutierten über die Werte unserer Gesellschaft.

»Lassen sie uns gemeinsam an der Verantwortung für die Demokratie arbeiten« betonte die Vorsitzende des Landesfrauenrates Manuela Rukavina in ihrer Begrüßung. Professor Wolf-Dietrich Hammann vom Sozialministerium Baden-Württemberg vertrat Gisela Erler, die leider verhindert



Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann: Ministerialdirektor des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg

war und betonte in seinem Grußwort, dass Vielfalt zu unserer Gesellschaft gehöre. Doch mit der Integration von Menschen unterschiedlichster Herkunft sei es nicht getan, es brauche auch echte Partizipation, so Hammann.

Seiner Rede folgte ein spannender Impulsvortrag von Eberhard Stilz, dem Präsidenten der Stiftung Weltethos und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg. Zu Beginn seiner Rede betonte er: »Mauern an Grenzen sind Mauern im Denken«. Er sprach über Migration und appellierte an die Politik: »Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, unser Land könnte sich abschotten«.

Trotzdem sollten wir die Gründe für die Verunsicherung einiger ernst nehmen. Es solle kein »Wir gegen die« und gesellschaftliche Abgrenzung geben. So sieht Stilz insbesondere den Interreligiösen Dialog als eine Voraussetzung für Frieden. Es gehe in unserer Zeit nicht darum, unsere gesellschaftlichen Werte neu zu erfinden, es gehe um die Stärkung der Menschenrechte und der Demokratie. Von Einreiseverboten wie sie in den USA diskutiert werden hält Stilz nichts, sie lieferten lediglich »Munition für Aggressoren«. Ein fruchtbarer Dialog sei der richtige Weg.

Nach einer kleinen musikalischen Pause stellt Manuela Rukavina den An- →



Monika Renninger: Leiterin des Evangelischen Bildungszentrums Hospitalhof Stuttgart



Der Musiker Mohammad al Shihabi sorgt mit seiner Laute für eine musikalische Pause



Manuela Rukavina: Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

satz der Schriftstellerin Taiye Selasi zum Thema Migration vor. Selasi ist Tochter einer nigerianisch-schottischen Mutter und eines ghanaischen Vaters und wuchs in Brookline und Massachusetts auf und lebt heute in New York und Rom. Sie ärgerte sich über die ihr häufig gestellte Frage, wo sie denn herkomme und stellt viele Überlegungen zum Thema Migration an. Denn die Frage nach der Herkunft impliziere manchmal auch, wann jemand wieder gehe.

Selasi ist der Meinung, dass es besser sei nachzufragen, wo sich ein Mensch verortet fühlt und zu welchem Ort er sich verbunden fühlt. So erfahren wir viel mehr über andere und reduzieren einen Menschen nicht auf seine Herkunft oder Nationalität. Sie formuliert aus diesem Ansatz heraus die so genannten drei Rs, zu denen die »Relations« (die Beziehungen, die wir pflegen), die »Rituals« (unsere Rituale und Gepflogenheiten) und die »Re-

strictions« (die Einschränkungen und Diskriminierungen, mit denen wir konfrontiert sind) gehören. Rukavina stellt den Ansatz am Beispiel ihrer eigenen Familie und Freunde vor und erklärt: »Ich bin da verortet, wo Menschen sich füreinander engagieren«.

Nach der Mittagspause hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann die Möglichkeit, über diesen Ansatz zu diskutieren. Die Moderatorin Frau Prof. Ursula Weber sammelte die mündlichen Zusammenfassungen der einzelnen Gruppen. Daraufhin folgte die Diskussionsrunde zwischen den verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern des Landesjugendrings, des Landesfamilienrates, des Landes-seniorenrates und des Landesfrauenrates. Die Ansätze der einzelnen Vertreterinnen und Vertreter waren teils sehr unterschiedlich. Doch in einem waren sie sich einig: Es braucht mehr Unterstützung aus der Politik. ■



»MITEINANDER LEBEN LERNEN« – AUSSCHNITTE DER REDE VON EBERHARD STILZ, PRÄSIDENT DER STIFTUNG WELTETHOS UND DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFS FÜR DAS LAND BADEN-WÜRTTEMBERG



Eberhard Stilz: Präsident der Stiftung Weltethos und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg

»Die Weltethos-Idee entstand Ende der 1980er Jahre, vor dem Hintergrund großer weltpolitischer Veränderungen. Die vorrangigen Herausforderungen der Zukunft, so Hans Küngs Überzeugung damals, werden nicht das Blockdenken und Großideologien in Ost und West bleiben. Vielmehr sagte er voraus, die Konfliktlinien würden künftig mehr und mehr entlang der kulturellen und der religiösen Grenzen verlaufen: aber nicht nur zwischen Orient und Okzident, sondern auch innerhalb der Kontinente und Nationen, ja, auch in den Gemeinden und in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Und um dieses Konfliktpotenzial zu entschärfen, um aufkeimenden Spannungen möglichst früh zu begegnen, suchte er nach dem, was Menschen verbinden kann, was vorurteilsfreie Begegnung in gegenseitigem Respekt ermöglicht und kritischen, aber toleranten Dialog. Wir alle wissen, wie sehr dies nötig ist und nach unserer Überzeugung und Erfahrung in der Stiftung ist es auch heute noch möglich.

Derzeit erleben wir Migration hautnah, wie klar Küng die weltweite Entwicklung vorhergesehen hat und wie unmittelbar bedrohlich sie geworden ist. Die ungelösten weltpolitischen Pro-

bleme führen zu Krieg, Bürgerkrieg und Terror. Sie drohen aber zudem, den gesellschaftlichen Frieden in unserem eigenen Land in seinen Grundfesten zu erschüttern. Die Flüchtlingsströme aus den Krisenregionen der Welt scheinen sicher geglaubte Gewissheiten eines guten Zusammenlebens in Frage zu stellen.

Entsprechend verunsichert und polarisiert reagiert unsere Gesellschaft: Während sich ungezählte Menschen und Institutionen um die Integration der Migranten bemühen, verzeichnen rechtspopulistische Bewegungen einen lange nicht dagewesenen Zulauf. Sie polemisieren gegen alles Etablierte, bieten selbst aber statt überzeugender Konzepte zur Lösung der Herausforderungen nur pauschale Parolen an.

Wo auch immer man sich in diesen Fragen politisch positioniert: Es zeichnet sich ab, dass die Frage, wie wir multikulturelles und multireligiöses Zusammenleben konstruktiv gestalten, zu einer der großen Herausforderungen der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte wird. Und diese Frage betrifft nicht nur den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land, bis in die kleinsten Gemeinden hinein, sondern auch den inneren Zusammenhalt der europäischen Union und inzwischen wohl auch der westlichen Welt überhaupt. [...]

Lassen Sie uns zur Versachlichung dieser Diskussion zunächst in Erinnerung rufen, dass Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg eigentlich mehr oder weniger ununterbrochen Einwanderungsland war.

Dazu ein kleiner Rückblick: Unmittelbar nach dem Krieg kamen nicht nur Hunderttausende Fremdarbeiter zum Wiederaufbau der Wirtschaft in unser Land, sondern auch fast 12 Millionen Heimatvertriebene

und Flüchtlinge. In den einzelnen Bundesländern machten sie zwischen 5 und 45 Prozent der Bevölkerung aus, im Schnitt waren es 18 Prozent. Und dies in einer Zeit, in der die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen alles andere als rosig waren!

Schon wenige Jahre später, im Dezember 1955, trat unter Adenauer und Erhard der deutsch-italienische Anwerbevertrag in Kraft. Schon bald kamen die ersten Züge mit arbeitswilligen Italienern bei uns an. Auch mit anderen Ländern wurden Anwerbeverträge abgeschlossen, so 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, und bis 1968 weitere mit Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und Jugoslawien.

Man nannte sie »Gastarbeiter«, weil man glaubte, dass sie nach einigen Jahren wieder gingen – was, wie wir heute wissen, ein Irrtum war: weil wir sie brauchten, und zwar auf Dauer, und weil viele von ihnen hier Familien gründen und sesshaft werden sollten.

Manche unter uns erinnern sich noch an jenes Bild, das 1964 durch die Medien ging als der Millionste »Gastarbeiter«, ein Portugiese, bei seiner Ankunft in Köln mit einem Moped und mit Blumen als Gastgeschenk empfangen wurde. Und der damalige Arbeitsminister schwärmte: »Dank der Ausländer wird die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft eine Realität.«

Aber wir müssen nicht so lange zurückblicken. Ich erinnere mich noch, wie ich 1991 und 92 als Sächsischer Staatssekretär wiederholt an teilweise dramatischen Ministerkonferenzen teilnahm. Deutschland steckte noch mitten in der enormen Herausforderung →

zung der deutschen Wiedervereinigung als uns plötzlich eine Welle von Asylsuchenden und Spätaussiedlern überrollte. Allein 1991 hatten wir rund 440.000 Asylsuchende und zusätzlich rund 450.000 Aufnahmegesuche von Aussiedlungswilligen aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Insgesamt sind seit 1950 über 4,5 Mio. Aussiedler zu uns gekommen, in jenen ohnedies schwierigen Jahren nach der Wende war die Zahl aber besonders hoch. Das war eine riesige Herausforderung damals, von der wir heute kaum noch reden.

Vor allem mit den Migranten aus der Türkei, aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika aber kam eine neue Dimension ins Spiel, die man, langfristig gesehen, völlig unterschätzte: Es kamen Menschen nicht nur mit fremden Gewohnheiten und Lebensstilen (das galt teilweise auch schon für die Spätaussiedler), sondern es kamen Menschen mit einer bis dahin weitgehend fremden Religion. Denn vom Islam hatten die Deutschen der 1960er Jahre – so wie viele noch heute – bestenfalls vage Vorstellungen, jedenfalls kaum Kenntnisse. Gewohnheiten wie regelmäßiges Beten, auch am Arbeitsplatz, Fasten und Moscheebesuch sorgten bei vielen Deutschen für Irritationen. Moscheen wurden in Randgebiete oder Industrieareale verbannt, jedenfalls raus aus den Stadtzentren und raus aus den Wohngebieten der sogenannten deutschen „Mehrheitsgesellschaft“. Jahre später sollte Muslimen gerade

dies zum Vorwurf gemacht werden: Dass sie ihre religiösen und sozialen Zentren an Orten betreiben, zu denen die übrige Bevölkerung kaum Zutritt und in die sie kaum Einblick hat. Eine Spirale von sich gegenseitig befeuernder Marginalisierung auf der einen Seite und Selbstghettoisierung auf der anderen Seite kam in Gang – mit Auswirkungen bis heute.

Auch nach diesen Wellen stieg der Anteil der sogenannten »Bevölkerung mit Migrationshintergrund« kontinuierlich weiter: Familiennachzug und demographische Gründe sind die eine Ursache; andere Gründe sind der schon erwähnte Zuzug sogenannter Spätaussiedler, der unter Gorbatschow und Kohl sprunghaft angestiegen war.

Seit den 1980er Jahren wird die Welt bewegt von immer neuen Wellen von Kriegs- und Armutsflüchtlingen aus unterschiedlichsten Regionen dieser Welt, aus unterschiedlichen Kulturen und mit ganz unterschiedlichen Religionen. Es ist zwar ein Irrtum zu glauben, deren Ziel sei immer vorrangig Deutschland gewesen. Und doch leben in Deutschland heute rund 15 Millionen Menschen aus anderen Ländern und Kulturen – beziehungsweise deren Nachkommen, die hier geboren wurden.

Ähnlich plural geht es in anderen entwickelten Ländern zu und ohnedies sind die Distanzen auf unserem Globus nicht nur räumlich geschrumpft, sie sind für Wirtschaft und Wissen-

schaft immer weniger vorhanden und für Informationen und Kommunikation gar nicht mehr. In einer solchen globalisierten Welt lassen sich Migrationsströme nur noch sehr schwer steuern und erst recht ist es eine gefährliche Illusion zu glauben, ein hochentwickeltes Land könne sich abschotten.

Mit diesem Ausblick und den genannten Zahlen verbinde ich keine Wertung. Mir geht es zunächst darum, dass wir uns die Realität bewusstmachen. Das Wort des Jahres 2016 lautet zwar »postfaktisch«. Aber mit Gefühlen alleine kann man keine Probleme lösen. Und doch ist heute auch ein bestimmendes Gefühl Realität geworden, nämlich das Gefühl der Verunsicherung.

Weder hilft es, davor die Augen zu verschließen, noch ist es angebracht, die verunsicherten Menschen in die rechte Ecke zu stellen. Vielmehr sollten wir die Gründe für diese Entwicklung sehr ernst nehmen. [...]

Damit sind wir bei der Arbeit der Stiftung Weltethos. Ihr geht es, vereinfacht gesagt, um interkulturellen und interreligiösen Dialog als Voraussetzung für Verständigung und Frieden. Basis für einen solchen Dialog sind jene gemeinsamen Werte, die in allen großen religiösen und humanistischen Traditionen seit Jahrtausenden im Mittelpunkt stehen, weil sie seit jeher Voraussetzung sind für ein gutes Miteinander.

Denn seit Jahrtausenden fragen nicht nur Religionen, sondern auch säkulare Philosophen und Humanisten:

- > Was sind die Voraussetzungen für ein wirklich »gutes« Leben?
- > Was sind die Grundlagen für ein gelingendes Miteinander?
- > Was sind die Bedingungen für richtiges und verantwortungsvolles Handeln?

Und als Antwort auf diese Fragen haben die Menschen ethische Werte und Normen entwickelt:

- > zum möglichst gewaltfreien Ausgleich von Interessen,
- > zum Schutz des Eigentums,
- > zum Schutz der Ehre,
- > zur besseren gegenseitigen Verlässlichkeit,
- > zum Schutz der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität.

Und das war in allen Kulturen so, überall auf der Welt, wenn auch nicht immer gleichzeitig. Deshalb müssen wir uns nicht wundern, dass vieles, was in der hebräischen Bibel, im Neuen Testament und auch im Koran als Gebot Gottes verkündet wird, sich auch in den Religionen Indiens und in der chinesischen Kultur findet und seit Jahrtausenden auch die Philosophen und Humanisten beschäftigt.

Und weil die großen Weltkulturen und Philosophien in ganz zentralen Wertvorstellungen und ethischen Maßstäben konvergieren oder gar übereinstimmen, sprechen wir – in Anlehnung an Begriffe wie Welt-Wirtschaft und Welt-Politik – von einem »Welt-Ethos«, einem gemeinsamen Menschheitsethos.

Konkret geht es dabei um Prinzipien wie die berühmte »Goldene Regel« oder das Prinzip »Menschlichkeit«, und um Werte wie Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und die Partnerschaft – so jedenfalls wurde im Jahr 1993 vom »Parlament der Weltreligionen« in Chicago der Kern eines gemeinsamen Menschheitsethos, eines Weltethos, definiert.

Gemeinsame Werte, die uns – bei allen Unterschieden – über die Grenzen der Religionen und Kulturen hinweg verbinden, wurden damit aufgezeigt, aber nicht erfunden, und wir müssen sie nicht neu erfinden. Wir müssen sie nur bewusst machen und vor allem müssen wir Wege finden, in unseren Gesellschaften, im Kleinen wie im Großen, dafür zu werben und nach diesen Werten zu leben. Es geht um das Bewusstsein dafür, dass wir in einem Wert-All leben, überall in der Welt. [...]

Wir finden in Europa also säkulare wie religiöse Grundlegungen für viele erhabene Werte; doch gibt uns das keinen Grund für Hochmut. Lassen Sie uns in geistiger Demut festhalten:

- 1) Nicht wir Heutigen können die geistige Urheberschaft für diese Ideen reklamieren; wir haben sie ohne eigenes Zutun vorgefunden;
- 2) Die erste Menschenrechtserklärung stammt nicht aus Europa; es war die Virginia Declaration of Rights vom 12. Juni 1776;
- 3) Historiker wie Heinrich August Winkler reden eher von einer Kultur des Westens als von der Europas. Von dem Wiener Historiker Gerald Stourzh stammt der Satz »Europa ist nicht (allein) der Westen. Der Westen geht über Europa hinaus. Aber Europa geht auch über den Westen hinaus.«
- 4) Und besonders schwer fällt die Einsicht, dass sich die genannten Ideen nicht nur im europäischen Osten lange nicht durchsetzen konnten, sondern gerade in Deutschland und Österreich nachdrücklich bekämpft wurden, auch von sog. geistigen Eliten; es ist wohl nicht völlig verfehlt, darin auch einen Grund dafür zu suchen, wie sich der Nationalsozialismus gerade hier durchsetzen konnte.

Wir haben also viele Gründe, demütig zu sein, wenn wir von unseren Werten reden. Und doch gilt gleichzeitig: Mit Europa und dem Westen verbinden sich Ideen, zu deren Entstehung und Entwicklung Menschen aus Teilen

Europas geistesgeschichtlich entscheidend beigetragen haben und die hier ihren Durchbruch in die gesellschaftliche Realität gefunden haben.

Auch die EU wurde ursprünglich als Wertegemeinschaft konzipiert. Die Wirtschaft war nicht der Grund, sondern das Mittel zum Zweck. Den großen europäischen Gründergestalten ging es nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs in erster Linie darum, wie Henry Kissinger formuliert hat, »die Ursachen von Europas Tragödien zu überwinden«. Die Zersplitterung des Kontinents sollte überwunden werden, nicht primär um einen größeren Wirtschaftsraum zu haben, sondern um einen Raum des Friedens und der Menschenwürde zu schaffen. Das ist heute sogar geltendes Europarecht. **Art. 3 Abs. 1 EUV lautet:** »Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.«

Und Art. 2 EUV definiert diese Werte im Einzelnen:

»Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.« Der EU-Vertrag und die EMRK – sie beschreiben Werte, die nicht alleine in Europa entstanden sind, die nicht überall in Europa gleichermaßen durchgesetzt werden und gegen die wir uns oft versündigt haben und noch versündigen. Und doch: ich habe versucht zu zeigen, dass sie heute nicht zufällig in Europa Geltung beanspruchen, dass sie – trotz aller Fragen, die ich aufgeworfen habe – eine glaubwürdige gemeinsame Wertebasis für den ganzen Kontinent darstellen. Es ist dies eine Basis, die uns eine europäische Identität verschaffen kann und zu- →



dem gleichzeitig Raum lässt für nationale und regionale Besonderheiten.

Diese Werte werden nicht verdrängt oder relativiert durch jene grundlegenden Übereinstimmungen der Kulturen, die zu einem Weltethos gehören. Wenn das Weltethos das Verbindende betont und bewusstmacht, lässt es in seiner Allgemeinheit doch hinreichend Raum für das Besondere des Einzelnen und seiner politischen oder religiösen Gemeinschaft. Wir sind nicht tolerant, wenn wir uns dem Anderen einfach anpassen, Toleranz setzt Vielfalt gerade voraus; ebenso zielt Weltethos nicht auf allgemeine Gleichmacherei, sondern auf Verständigung in der Vielfalt.

Leider gab und gibt es aber immer wieder Ideologien und Religionen mit Absolutheitsansprüchen, denen Vielfalt ein Dorn im Auge ist, weil sie nur ihr Eigenes sehen und gelten lassen wollen. Vielleicht lassen sich religiöse Menschen besonders leicht von ihnen verführen. Denn der Irrglaube, den Weg zu Gott, die Religion also, mit Gott selbst zu verwechseln und nur Jenen das Heil zu versprechen, die den eigenen Weg befolgen, scheint in sich schlüssig zu sein. [...]

Was nützt uns das bei den akuten Migrationsproblemen? Wenn Sie von mir ein Patentrezept erwarten, muss ich Sie enttäuschen. Ich möchte Sie umgekehrt sogar bitten, gegenüber allen, die Ihnen einfache Lösungen nahebringen wollen, skeptisch zu sein. Vielleicht sind aber einige Grundlagen für Lösungen deutlich geworden:

- 1) Ohne Spielregeln und Werte kann Zusammenleben nicht gelingen. Dabei kommt es aber nicht auf pauschale Behauptungen an, sondern auf ein gelebtes, differenziertes Wertebewusstsein.
- 2) Die Werte, an denen sich Menschen orientieren, sind nicht überall auf der Welt identisch, aber sie haben einen übereinstimmenden, verbindenden Kern.

- 3) Je mehr wir uns dieser verbindenden Wertegrundlage bewusst sind, je mehr wir ihre Schönheit und Größe erkennen, umso mehr wird aus einem furchtbaren Kampf der Kulturen ein fruchtbarer Dialog.
- 4) In diesem Dialog kommt es darauf an, dass wir unsere eigenen Werte nicht verraten, sondern behaupten. Das gilt auch für die großen zivilisatorischen Errungenschaften des Rechtsstaats und der Religionsfreiheit.

Noch einmal: Es gibt keine Patentlösungen – und es nützt erst recht nichts, sie »der Politik« abzuverlangen. Politik und Staat sind nicht der Urheber von Werten, sondern sie setzen – wie das Recht – ethische Prinzipien voraus. Wir Bürgerinnen und Bürger müssen sie finden oder zu ihnen finden und sie dann lebendig halten; das heißt, dass wir uns in unserem Tun und Lassen daran orientieren.

Wir selbst sind also gefordert, herausgefordert, wenn wir zu unserem Ethos finden und unsere Identität in Zeiten der Migration nicht verlieren wollen. Doch wir können diese Herausforderung bestehen. Ich will das ganz am Ende bekräftigen mit einem Zitat von Barack Obama. Es stammt aus einer Rede, die er schon 2009 in der Moschee von Kairo gehalten hat.

Es lautet: »Es ist einfacher, Kriege zu beginnen, als sie zu beenden. Es ist einfacher, die Schuld auf andere zu schieben, als sich selbst zu betrachten. Es ist einfacher zu sehen, was uns von jemand anderem unterscheidet, als die Dinge zu finden, die wir gemeinsam haben. Aber wir sollten uns für den richtigen Weg entscheiden, nicht nur für den einfachen. Es gibt auch eine Regel, die jeder Religion zugrunde liegt – dass man andere behandelt, wie man selbst behandelt werden möchte. Diese Wahrheit überwindet Nationen und Völker – ein Glaube, der nicht neu ist, der nicht

schwarz oder weiß oder braun ist, der nicht Christen, Muslimen oder Juden gehört. Es ist ein Glaube, der in der Wiege der Zivilisation pulsierte, und der noch immer in den Herzen von Milliarden Menschen auf der Welt schlägt. Es ist der Glaube an andere Menschen, und er hat mich heute hierhergebracht. Es steht in unserer Macht, die Welt zu schaffen, die wir uns wünschen, aber nur, wenn wir den Mut für einen Neuanfang besitzen, und uns an das erinnern, was geschrieben steht.«

Hoffen wir, dass es in der Welt auch künftig Führer geben wird, die solche Gedanken äußern und danach handeln. Aber vor allem: beginnen wir bei uns selbst damit. Lernen wir stets aufs Neue, gut miteinander zu leben.« ■

ARBEIT 4.0 – BLIND SPOT GENDER: TAGUNGSBERICHT ÜBER DIE 3. GENDER STUDIES TAGUNG DES DIW BERLIN IN KOOPERATION MIT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG AM 22.09.2016 IN BERLIN VON ANNELIESE SCHMID-KAUFHOLD

Die Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt ist in vollem Gange. Die Geschlechterperspektive bleibt allerdings meist noch ausgeklammert und damit ein »Blind Spot«. Dabei ist es immens wichtig, die Auswirkungen der Digitalisierung auch im Hinblick auf die Geschlechterfrage zu analysieren. Ein Beispiel: Bereits heute verdienen Frauen, bezogen auf den durchschnittlichen Bruttostundenlohn, gut ein Fünftel weniger als Männer. Dass diese Lohnungerechtigkeit durch die Digitalisierung abnimmt, ist keinesfalls selbstverständlich. Studien belegen, dass die Lohnlücke beispielsweise in der Berliner Startup-Szene höher ausfällt.

Durch die Digitalisierung sind nicht nur (männlich geprägte) Industriezweige betroffen, sondern auch weiblich dominierte Branchen. Es wandeln sich Unternehmensstrukturen und -kulturen, wodurch Geschlechterklischees in der Arbeitswelt aufgebrochen werden könnten. Die Arbeitswelt steht vor einem fundamentalen Umbruch. Man spricht von der 4. Industriellen Revolution, von **Industrie 4.0 / Arbeit 4.0**.

Elke Holst, Forschungsdirektorin Gender Studies, DIW Berlin, führte inhaltlich in die Thematik ein. Der Begriff »Arbeit 4.0« betrifft die Digitalisierung aller Arbeitsbereiche und knüpft an den Begriff »Industrie 4.0« an. In der 4. Industriellen Revolution wachsen nun, angetrieben durch das Internet, reale und virtuelle Welten zusammen und verschmelzen miteinander. Ein Kernelement ist dabei die »Smart Factory«, also die intelligente Fabrik, in der sich Fertigungsanlagen und Logistiksysteme ohne menschliche Eingriffe weitgehend selbst organisieren. Für die Zukunft wird eine komplett vernetzte Industrie erwartet, in der Autos automatisch Bedarf melden, Maschinen sich selber konfigurieren und die passenden Teile anfertigen, an den richtigen Ort senden, wo der Einbautermin bereits automatisch vereinbart wurde.

Die Schnelligkeit, mit der im digitalen Zeitalter immer wieder neue Innovationen erzielt werden, ist beeindruckend und lässt kaum einen Industriezweig aus. Schlagworte sind hier etwa: Künstliche Intelligenz, Robotik,

autonome Fahrzeuge, 3D-Druck, Nano- und Biotechnologie und Quantencomputing. Damit soll zumindest theoretisch ein 100 Millionen Mal schnelleres Rechnen im Vergleich zu herkömmlichen Prozessoren möglich sein. Diese Veränderungen lassen nicht nur ganz neue Produktionssysteme erwarten, sondern stellen auch an das Management und die Governance neue Anforderungen.

Die Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt sind zwar allgegenwärtig, Gender-Aspekte jedoch sind noch weitestgehend ausgeklammert. Die Genderforschung hierüber steht ganz am Anfang.

Dr. Markus Grabka vom DIW Berlin zeigte die genderspezifischen Verteilungseffekte, die durch die Digitalisierung bedingt werden, auf. Er stellte Berufe vor, die dadurch gefährdet sind und künftig durch Maschinen ersetzt werden könnten und hat die Prognosen zum technologischen Wandel aufgeführt. →

| Top 10 der gefährdeten Berufe | Frauenanteil ¹ | in Mio. betroffen |
|---|---------------------------|-------------------|
| Büro- & Sekretariatsberufe | 65 % | 2,7 |
| Berufe im Verkauf | 71 % | 1,1 |
| Berufe im Gastromieservice | 83 % | 1,0 |
| Berufe in der kaufmännischen & technischen Betriebswirtschaft | 17 % | 0,9 |
| Post & Zustelldienst | 49 % | 0,7 |
| Köche & Köchinnen | 42 % | 0,7 |
| Bankkaufleute | 54 % | 0,5 |
| Lagerwirtschaft | 47 % | 0,4 |
| Metallbearbeitung | 4 % | 0,4 |
| Buchhaltung | 78 % | 0,3 |

| Top 10 der ungefährdeten Berufe | Frauenanteil ¹ | in Mio. betroffen |
|---|---------------------------|-------------------|
| Kinderbetreuung & -erziehung | 83 % | 0,8 |
| Gesundheits- & Krankenpflege | 88 % | 0,7 |
| Aufsichts- & Führungskräfte Unternehmensorganisation & -strategie | 31 % | 0,5 |
| Maschinenbau- & Betriebstechnik | 10 % | 0,4 |
| Kraftfahrzeugtechnik | 3 % | 0,4 |
| Vertrieb (Einkaufs-, Vertriebs- & Handelsberufe) | 40 % | 0,4 |
| Sozialarbeit & Sozialpädagogik | 19 % | 0,3 |
| Altenpflege | 78 % | 0,3 |
| Hochschullehre & -forschung | 11 % | 0,2 |
| Bauelektrik | 10 % | 0,2 |

¹ Quelle AT-Kearney (2015); Angaben zum Frauenanteil basierend auf SOEPv31

Als Bedrohung oder Chance von Arbeit 4.0 wurden mehrere Szenarien von Arbeitsplatzverlusten aufgezeigt:

- > **Extremeszenario (AT-Kearney):** Verlust von bis zu 17,2 Millionen Arbeitsplätzen (42% der Beschäftigten) in Deutschland in den nächsten 2 Dekaden
- > Frauen überdurchschnittlich vom potentiellen Beschäftigungsabbau betroffen (siehe S. 11 Liste der gefährdeten und ungefährdeten Berufe)
- > Gender-Pay-Gap könnte sich erhöhen
- > **Moderates Szenario (Wolter et al. 2016):** bis 2025 Verlust von 490.000 Arbeitsplätzen, 430.000 neue Jobs: Saldo -60.000 Arbeitsplätze

Es wird eine zunehmende Nachfrage nach hochqualifizierten Beschäftigten geben sowie einen steigenden Bedarf an Weiterbildung. Ein Beispiel zum Verlust von Arbeitsplätzen im Versicherungsbereich: Bei Sachversicherungen werden bis zu einer bestimmten Schadenshöhe die gemeldeten Schadensforderungen ohne Prüfung beglichen, denn eine Überprüfung durch MitarbeiterInnen wäre teuer.

Katharina Wrohlich, DIW Berlin, stellte die Frage nach gendergerechten Arbeitszeiten im digitalen Zeitalter. Hier geht es um eine gerechte Aufteilung von **market work** und **care work** zwischen **Männern und Frauen** und könnte die Lösung von zahlreichen Problemen am Arbeitsmarkt (gender pay gap, representation gap, etc.) erleichtern. Umfragen haben gezeigt, dass immer mehr Paare eine egalitäre Aufteilung von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit wünschen. Hier gibt es jedoch eine große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Hauptgründe dagegen waren: »Das konnten wir uns finanziell nicht leisten«, oder »Der/Die ArbeitgeberIn war nicht einverstanden«.

Die Digitalisierung könnte eine Chance für eine gendergerechte Aufteilung von verschiedenen Formen der Arbeit bieten. Ein Teilaspekt hiervon, nämlich die Nutzung von Home-Office, könnte

dazu führen, dass sich die Arbeitszeiten von Männern und Frauen in beiden Bereichen angleichen. Die allgemeinen Risiken der Digitalisierung sind bekannt: Work-Life Blending, durchgehende Erreichbarkeit, Vereinsamung im Home-Office usw. und die traditionellen Gender-Rollen in Bezug auf Familienarbeit und der verschiedenen **gender gaps** am Arbeitsmarkt können verfestigt werden. Auch in diesem Bereich bedarf es mehr Forschung über die Folgen der Digitalisierung auf die gendergerechte Arbeitsteilung.

Christiane Funken, Professorin für Soziologie der TU Berlin, sprach im Hinblick auf die Digitalisierung von einer Entgrenzung (Privat und Arbeit) und Subjektivierung von Arbeit. Es wird erwartet, dass im Bereich der qualifizierten und nicht standardisierten Bereiche neue Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Bei der Veränderung der Ansprüche der Arbeit, wo Projekt- und Teamarbeit mit Fachwissen und individuellen Handlungskompetenzen gefordert ist, könnte ein Vorteil für Frauen liegen.

Christina Schildmann, Leiterin wissenschaftliches Sekretariat der Kommission »Arbeit der Zukunft« der Hans-Böckler-Stiftung, sieht ein großes Veränderungspotential in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse im Arbeitsmarkt. Die Vernetzung von allem mit allem, IT-Systeme, Vernetzung von Menschen mit Dingen/ Facebook, Google, Big Data, Clouds, neuen Technologien - mobile Geräte, Robotik, 3D-Drucker - Wandel des Konsums bedeuten eine Auflösung alter Strukturen (Branchengrenzen, Abteilungsgrenzen). Wobei die Digitalisierung nicht der einzige Treiber von Wandlungsprozessen sei, auch die Alterung der Gesellschaft, die Feminisierung der Arbeitswelt und der Wandel der arbeitsbezogenen Werte spielen eine große Rolle. Im Zuge dieses Wandels wird die Zunahme der Bedeutung der sozialen Dienstleistungsberufe zu erwarten sein, deren gesellschaftliche Bedeutung allerdings häufig im Verhältnis zur Produktivität industrieller

Wertschätzung bestimmt wird, somit muss der Produktionsbegriff stärker problematisiert werden. Eine starke Expansion wird gesehen bei personenbezogenen Dienstleistungen: Beherbergungsgewerbe und Gastronomie; im Bildungs-, Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegebereich.

Notwendig sei, dass in der Schule mehr IT-Kompetenz vermittelt wird. Weiterbildung wird zur Daueraufgabe werden und die Berufschancen im Lebenslauf werden über den Zugang zu hochwertiger Weiterbildung verteilt. Chancen werden für qualifizierte Frauen gesehen, doch sie stellte die Frage: »Wo bleiben die anderen?«

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte, dass »die Frage von Gleichberechtigung immer eine Rolle spielen muss«. Hinsichtlich des Gender Pay Gap kritisierte sie die Lohnfindung in Deutschland, die wie eine »Black Box« funktioniere. Lohntransparenz sei »eines der letzten Tabus im 21. Jahrhundert in Deutschland«. Sie wies auf den Entwurf des Lohngerechtigkeitsgesetzes hin, welches einen Auskunftsanspruch aller Beschäftigten regeln und so zu mehr Transparenz beitragen soll.

Dr. Kira Maars vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München e.V. sprach über die Digitalisierung und weibliche Karriere. Durch die Digitalisierung würden sich die klassischen Ingenieursberufe verändern und neue Zugänge insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung eröffnen, die vor allen von Frauen genutzt werden könnten. Aufgrund der steigenden Komplexität und Geschwindigkeit wird ein kooperatives und vernetztes Arbeiten erforderlich sein und die Führung in den Unternehmen muss neu gedacht werden. Denn die Komplexität lässt sich nicht mehr vom Einzelnen bewältigen, dies wird einhergehen mit dem Verlust alter Privilegien.

Neue Arbeitsformen, neue Führungsmodelle - eine arbeitsteilige Führung können eine neue Chance für die

Integration von Frauen in Führungspositionen sein. Dies sei allerdings kein Selbstläufer für Frauen.

Uta Meier-Gräwe, Professorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen, stellte die Plattform Helpling & Co. vor »Wenn Frauenbranchen auf Plattformen auswandern«. Die haushaltsnahen Dienstleistungen sind die größte Beschäftigungsgruppe in Privathaushalten und wird von einem hohen Anteil an Frauen und MigrantInnen geleistet. Diese Plattformen vermitteln solselbstständige DienstleisterInnen an AuftraggeberInnen. Die digitalen Technologien (Smartphone Apps, mobiles Internet) haben die Transaktionskosten für die Vermittlung von Dienstleistungen erheblich gesenkt. Die Hilfen/Dienstleister arbeiten auf Abruf, im Zweifelsfall in einem Set von Leuten, an die die Botschaft rausgeht: am Dienstag, 18.00 bis 20.00 Uhr, Haushaltsreinigung. Wer hat Zeit, wer bietet an und das zum günstigsten Preis. Hierzu der Spiegel Nr. 34/2014, »Das ist doch moderne Sklaverei.«

Dieses Geschäftsmodell basiert auf der **Solonselbstständigkeit** von Dienstleistenden, **die weitgehend eigenständig für ihre soziale Absicherung aufkommen müssen** (Arbeitgeberbeiträge und Mindestlöhne müssen nicht gezahlt werden) und bieten weitgehend keine Arbeitszeit- oder Arbeitsschutzregelungen. Zeitintensive Kundendienstvermittlungen für Unternehmen wie Helpling werden durch eine neue Software überflüssig, diese ermöglicht die direkte Einsicht der/s KundIn/Kunden in den Kalender der Reinigungskraft und erlaubt die Platzierung von gewünschten Terminen. Bei Änderung des Mitarbeiter-Status würde die Gewinnspanne des Start-ups erheblich schrumpfen, und damit auch die Profitabilität, die Investoren erwarten.

Eva Kocher, Professorin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, ging im Anschluss auf die rechtlichen Regelungen für solche »Scheinselbstständigen« ein. Zwischen dem rechtlichen Begriff der »Arbeit-

nehmerIn« und der »Scheinselbstständigen« gäbe es zahlreiche Schattierungen und es besteht erheblichen rechtlichen Regelungsbedarf.

Der internationale Impuls zu Beschäftigungseffekten für Frauen und Männer durch die Digitalisierung kam von Monika Queisser, Senior Counsellor der OECD. Laut Einschätzung einer OECD/ZEW Studie seien 12 Prozent der in Deutschland Beschäftigten von einem hohen Automatisierungsrisiko betroffen. Insgesamt sei das Risiko für Geringqualifizierte und Geringverdienende höher. Erste vorläufige Berechnungen, die für die Gendertagung durchgeführt wurden, zeigten für Frauen im Vergleich zu Männern in Deutschland ein höheres Risiko des Job-Verlusts und einen höheren Anpassungsgrad durch berufliche Qualifizierung und Weiterbildung im Zuge der Automatisierung auf. Flexibilisierung und Anpassung durch berufliche Qualifizierung und Weiterbildung sei die beste Versicherung.

Den Abschluss der Veranstaltung bildeten Thorben Albrecht, Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bea Knecht, Aufsichtsratsvorsitzende bei Zattoo, Monika Queisser und Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg und Elke Horst, im Rahmen der Podiumsdiskussion. Diskutiert wurden neue Anforderungen durch die Digitalisierung und die Frage: Wer ist verantwortlich für Geschlechtergerechtigkeit?

Fazit: Derzeit steht die Genderforschung hinsichtlich der Digitalisierung am Anfang. Hochqualifizierte Frauen werden eine Chance haben. Berufliche Qualifizierung, lebenslange Weiterbildung wird notwendig sein, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Wichtig ist, dass mehr Frauen als Führungskräfte tätig sein werden. IT-Kompetenz sollte in den Schulen vermittelt werden. Der Bedarf an MINT-Fachkräften wird steigen, insbesondere InformatikerInnen, Software-EntwicklerInnen oder ElektroingenieurInnen werden gebraucht werden.

Ungeklärt ist, was mit den Frauen/Berufstätigen geschehen wird, deren Arbeitsplätze der Digitalisierung zum Opfer fallen werden. Grundsätzlich stellt sich die Frage, welche Strukturen, Räume, Kommunikationsorte, Alternativen werden diesen Menschen angeboten werden können. Dies wird eine große Herausforderung für die Politik und Gesellschaft sein.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt und neue Möglichkeiten zur Mitarbeiterkontrolle beschäftigen zunehmend die Arbeitsgerichte. In diesem Jahr ist dazu mit mehreren Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts zu rechnen. Mit der Digitalisierung nehmen die Überwachungsmöglichkeiten zu. Es geht um den Abruf dienstlicher E-Mails in der Freizeit, aber auch um Software, mit der sich die Eingaben eines Arbeitnehmers an seiner Computertastatur protokollieren lässt.

Eine Erscheinungsform der Digitalisierung ist, dass CrowdworkerInnen im Netz auf Plattformen um Aufträge und Jobs konkurrieren und dies bei einer wachsenden Zahl an Menschen. Mit der neuen Form des Outsourcings von Arbeit ändert sich die Machtbalance in der Arbeitswelt. Mindestlohn, Kündigungsschutz, Streikrecht, Urlaubsanspruch, Rente, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für Crowdworker gilt all dies in der Regel nicht. Sie werden nicht wie Angestellte, sondern wie freie Dienstleister behandelt. Dies ermöglicht einerseits ein Arbeiten unabhängig von Zeit und Raum, andererseits bedeutet das, kein Gesehenwerden, kein Kontakt zu KollegenInnen, Vereinsamung, keine Strukturen und kein Kommunikationsort.

Stehen sich somit die Kernbelegschaft eines Unternehmens der Randbelegschaft gegenüber?

Eine ethische Fragestellung ist: Wer bestimmt über den Einsatz von Technik? Wer bestimmt über wen, die Technik über den Menschen oder der Mensch über die Technik? ■

PRESSEMITTEILUNG

**GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IM KONTEXT DER DIGITALISIERUNG
DER ARBEITSWELT: DIGITALER GRABEN ZWISCHEN DEN GESCHlechTERN**

Der im Dezember 2016 erschienene Newsletter Gender AKTUELL des ver.di Landesbezirkes Baden-Württemberg weist auf folgende Studie hin: Der heute veröffentlichte D21-Digital-Index 2016 sowie die Studie »Schule Digital« der Initiative D21 e.V. zeigen, dass Frauen von einigen Bereichen der Digitalisierung abgehängt sind. Der D21-Digital-Index 2016 macht deutlich, dass Frauen im Vergleich über alle Dimensionen schlechter abschneiden. (Quelle: Pressemitteilung des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit vom 15.11.2016)

Bekannt ist, dass besonders die ältere Generation von Frauen den Anschluss an die Digitalisierung noch nicht geschafft hat. Doch die Analysen des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. mit dem Fokus auf die neue, heranwachsende Generation der unter 20-Jährigen bergen ein überraschendes Ergebnis:

»Mädchen sind zwar aktive Anwenderinnen, bleiben aber der technischen Seite der Digitalisierung vergleichsweise fern. Das erschwert eine aktive Mitgestaltung der Digitalisierung«, erklärt Prof. Barbara Schwarze, Vorsitzende des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. »Der digitale Graben zwischen den Geschlechtern schließt sich nicht automatisch durch die jüngere Generation.«

In den Bereichen »Digitale Offenheit« und »Digitale Kompetenz« geraten Mädchen und junge Frauen bis 20 Jahre ins Hintertreffen. Im Bereich »Digitale Offenheit« sind junge Frauen zum Beispiel weniger an den neuesten digitalen Trends interessiert und sehen auch eine geringere Notwendigkeit, dass die Vermittlung von Programmiersprachen und digitale Medien Bestandteile der Schulausbildung sein sollten. Es fehlt offensichtlich an einem schulischen Transfer der Bedeutung dieser Kompetenzen als Investition in ihre berufliche Zukunft.

Bei der digitalen Kompetenz haben im Bereich der gängigen Anwendungen beide Geschlechter gleich hohe Kompetenzen, allerdings fallen die jungen Frauen mit ihren Kenntnissen in den Bereichen Webanwendungen, Programmiersprachen und Einrichtung von Netzwerken hinter die der jungen Männer zurück.

Um Mädchen mehr digitale Kompetenz und Offenheit zu vermitteln, müsse bereits in der Schule mit Qualifizierungen begonnen werden: »Fachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten in den IT-Grundlagen sowie Genderkompetenz sind neben der Bereitstellung technischer Ausstattung unabdingbare Voraussetzungen für eine chancengerechte Mitgestaltung der digitalen Zukunft«, so Schwarze.

Dazu sind Programme wie der vom Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. koordinierte bundesweite Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag sowie der Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen - »Komm, mach MINT.« wichtige Bausteine für die gezielte Förderung von Mädchen zu digitalen Themen.

Diese Pressemitteilung und weitere Informationen zum Thema gibt es auf der Website des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. ■

DER LANDESFRAUENRAT IM GESPRÄCH – IMPRESSIONEN UNSERER TREFFEN



■ Am 19. Januar haben wir uns mit Sandra Detzer, der Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen getroffen und mit ihr über die Landtagswahlrechtsänderung, den sozialen Zusammenhalt und vieles mehr gesprochen. Ein interessantes Gespräch in super Atmosphäre.

V.l.: Manuela Rukavina, Sandra Detzer und Dina Maria Dierssen.



■ Am 20. Januar hielt Frank-Walter Steinmeier eine Rede im Landtag von Baden-Württemberg. »Demokratie verträgt keine Resignation« betonte er. Am Rande seiner Rede entstand dieses Bild mit Manuela Rukavina.



■ Mit der Landtagsabgeordneten Christine Neumann von der CDU haben wir uns am 24. Januar getroffen und mit ihr über die Änderung des Landtagswahlrechts, Prostitution und viele andere wichtige Themen gesprochen. Neumann ist die Gleichstellungsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion und die jüngste weibliche Abgeordnete des Landtags.

V.l.: Manuela Rukavina, Christine Neumann, Hildegard Kusicka, Dorothea Maisch und Anneliese Schmid-Kaufhold.



■ Der Landesfrauenrat bei der Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg am 28.01., auf der Martin Kunzmann zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Mit zivilgesellschaftlichen Verbänden möchte Kunzmann in Zukunft enger zusammenarbeiten und sich für Chancengerechtigkeit und Entgeltgleichheit einsetzen. Wir freuen uns daher ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit ihm.

V.l.: Martin Kunzmann und Manuela Rukavina.



■ Auch vor Ort: Evelyne Gebhardt, die neue Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

V.l.: Leni Breymaier, Evelyne Gebhardt und Manuela Rukavina.

AUSZUG AUS: NEWSLETTER TERRE DES FEMMES 06 / 2016

STRAFTAT VERGEWALTIGUNG

RIESENERFOLG: »NEIN HEISST NEIN« IST IM GESETZ VERANKERT!

Für viele Betroffene war es bisher nicht der richtige Weg, nach einer Vergewaltigung Strafanzeige zu stellen. Zu belastend schien es, öffentlich über eine intime Tat zu reden. Und zu hoch waren die Hürden, dass es zu einem Prozess kam, bei dem der Täter eine angemessene Strafe erhält: Die Verurteilungsquote in Deutschland liegt derzeit bei nur etwa 13%. Auch das ist im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich.

Seit dem 10. November 2016 ist das neue Sexualstrafrecht in Kraft. Im Gegensatz zum alten Recht sind nun alle sexuellen Handlungen, die gegen den erkennbaren Willen der anderen Person verübt werden, strafbar. Der Grundsatz »Nein heißt Nein« wurde somit im Strafgesetz verankert, sowohl was Vergewaltigung angeht (§177 StGB) als auch das

sogenannte »Begrapschen«, also die sexuelle Belästigung (§184i StGB). Darüber hinaus wurde der diskriminierende Paragraph 179 abgeschafft, der speziell bei Taten gegen Widerstandsunfähige ein geringeres Strafmaß vorsah.

Diese Veränderungen sind die größte Reform des Sexualstrafrechts und eine klare Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen vor Gericht. Es bleibt zu hoffen, dass die Verurteilungsquote dadurch ansteigen wird und Frauen wieder Vertrauen in die Rechtsprechung bekommen.

Übrigens:

Die Vergewaltigung in der Ehe ist erst seit der Reform im Jahre 1997 ein eigener Straftatbestand! ■

NEIN HEISST NEIN

MEDIZINISCHE VERSORGUNG UND VERTRAULICHE SPURENSICHERUNG NACH EINER VERGEWALTIGUNG – EIN PROJEKT IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM HELIOS KLINIKUM IN PFORZHEIM-ENZKREIS

Sexuelle Gewalt hinterlässt Spuren – nicht nur in der Seele der Betroffenen, sondern oft auch körperlich. Dennoch werden die meisten Vergewaltigungen nicht angezeigt. Viele Betroffenen sind unmittelbar nach der Tat nicht in der Lage, eine Entscheidung für oder gegen eine Strafanzeige zu treffen. Viele befürchten auch, dass jemand über ihren Kopf hinweg eine Anzeige erstattet und suchen deshalb lieber keine Hilfe. Betroffene bleiben dadurch häufig medizinisch unversorgt. Entschließen sie sich später selbst dazu Anzeige zu erstatten, sind die Beweise, die durch eine medizinische Untersuchung gesichert werden könnten, bereits nicht mehr vorhanden. Die vertrauliche Spurensicherung, auch als verfahrensunabhängige Beweissicherung bzw. anonymisierte Spurensicherung bekannt, bietet einen Ausweg. Nach sexueller Gewalt haben Betroffene die Möglichkeit, selbstbestimmt mit ihrer schwierigen Situation umzugehen und über eine Anzeige dann zu entscheiden, wenn Sie es für richtig halten.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pforzheim gründete im Jahr 2015 zusammen mit einigen Netzwerkpartnerinnen und -partnern eine »Projektgruppe sexuelle Gewalt« mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept zum vernetzten Vorgehen in Fällen sexueller Gewalt, bestehend aus präventiven Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, medizinischer Soforthilfe sowie nachgehender psychosozialer Beratung zu entwickeln. Wichtiges erstes Teilziel des Projekts ist die Einführung der vertraulichen Spurensicherung in Fällen sexueller Gewalt in Pforzheim-Enzkreis mit einer begleitenden Medienkampagne. Hierfür fand in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft

Pforzheim-Enzkreis am 21. April 2016 im Siloah St. Trudpert Klinikum die Fortbildungsveranstaltung »Verfahrensunabhängige Beweissicherung in Fällen sexueller Gewalt« statt. Rund 60 Ärztinnen und Ärzte aus unterschiedlichen Kliniken in Pforzheim-Enzkreis, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Mitglieder des »Fachbeirat Häusliche Gewalt« und der »AG 78 psycho-soziale Beratungsstellen« sowie Vertreterinnen und Vertreter von Polizei nahmen daran teil. In der Folge erklärten sich der Chefarzt der Frauenklinik und die Geschäftsführung des Helios Klinikums Pforzheim bereit, die vertrauliche Spurensicherung in Fällen sexueller Gewalt am Helios Klinikum einzuführen und die hierfür notwendigen technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu treffen. Im November 2016 führte der Leiter der Kriminaltechnik des Polizeipräsidiums Karlsruhe eine Fortbildung im Helios Klinikum zu Fragen der Spurensicherung, Lagerung der Spuren und zum Ablauf des Strafverfahrens durch. Ab Januar 2017 bietet das Helios Klinikum nun die vertrauliche Spurensicherung nach Vergewaltigung an. Die Opfer sind dabei durch die ärztliche Schweigepflicht geschützt. Die begleitende Medienkampagne wird als nächster wichtiger Schritt angegangen. Hierfür strebt die Projektgruppe eine Zusammenarbeit mit dem Frauennotruf Frankfurt und die Übernahme des sogenannten »Frankfurter Modells« an.

Umfassende Informationen zum Frankfurter Modell sind zu finden unter:

www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de

oder auf der Homepage des Frauennotrufs Frankfurt

www.frauennotruf-frankfurt.de

Mitglieder der Projektgruppe sexuelle Gewalt in Pforzheim-Enzkreis sind:

Ärzteschaft Pforzheim-Enzkreis, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Pforzheim, Gleichstellungsbeauftragte Enzkreis, Helios Klinikum, Lilith e.V. (Beratungsstelle für Mädchen und Jungen zum Schutz vor sexueller Gewalt), Polizeipräsidium Karlsruhe, Pro familia Pforzheim, Weisser Ring Pforzheim-Enzkreis, Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim-Enzkreis.

Weitere Auskünfte zum Projekt:

Susanne Brückner, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Pforzheim, 07231/39-2548, susanne.brueckner@stadt-pforzheim.de

Von Susanne Brückner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pforzheim ■

UNSERE PRESSEMITTEILUNG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

WARUM DER WELTFRAUENTAG NOCH NIE SO WICHTIG WAR WIE HEUTE

Überall auf der Welt bekommen antidemokratische Haltungen Zuspruch und Frauenrechte werden infrage gestellt. Ob in den USA, in Polen, der Türkei oder hierzulande werden Menschenrechte und damit die Rechte der Frauen attackiert. »Jedes Jahr am Weltfrauentag machen wir auf Probleme aufmerksam. Doch heute ist der Weltfrauentag wichtiger denn je, da die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt werden«, betont Manuela Rukavina, die Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg. Deshalb müssen die Frauen im Land mobil machen und auf ihre Rechte, wie eigene Existenzsicherung, reproduktive Selbstbestimmung und politische Partizipation pochen. »Wir wollen, dass Frauen finanziell unabhängig leben können, bei politischen Entscheidungen mitwirken und über ihren Körper selbst bestimmen können«, erklärt Rukavina. »Was für eine moderne Gesellschaft als selbstverständlich gelten sollte, wird leider seit einiger Zeit wieder häufig in Frage gestellt«, ergänzt sie.

Sie versuchen Schwangerschaftsabbrüche zu kriminalisieren, machen sexistische Witze, sprechen von »Genderwahnsinn« und versuchen, Frauen vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu gestalten haben – die erzkonservativen und rechtspopulistischen Parteien agieren weltweit gegen Frauenrechte und bekommen immer mehr Zulauf. Doch der Women's March on Washington hat gezeigt, dass es eine Bewegung gibt gegen diese rückwärtsgewandte und frauenverachtende Politik. Wir wollen uns weltweit solidarisieren und unsere Standpunkte lauter und wirkungsvoller deutlich machen. »Wer glaubt, wir lassen uns einfach unsere im Grundgesetz verbrieften Rechte wegnehmen, lassen uns sprachlich und gedanklich immer nur ‚mit meinen‘ und finden uns dann aber gleichzeitig mit einer männerdominierten Politik ab, hat sich geschnitten«, erklärt Rukavina. »Wir wollen alle Frauen weiter ermutigen mit uns für Frauenrechte zu kämpfen, nicht nur am Weltfrauentag, sondern das gesamte Jahr über«, ergänzt Rukavina. ■

DISKUSSION, BEGEGNUNG UND AUSTAUSCH AM INTERNATIONALEN WELTFRAUENTAG

Rund um den März fand eine Vielzahl von Veranstaltungen statt. Am 9. März fand im Landtag von Baden-Württemberg eine Podiumsdiskussion zum Internationalen Weltfrauentag unter dem Motto »Frauenvielfalt in Baden-Württemberg – Perspektiven und Herausforderungen« statt. Unsere Vorsitzende

Manuela Rukavina diskutierte mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen. Mit dabei waren Dorothea Wehinger (Grüne), Christine Neumann (CDU), Christina Baum (AfD), Sabine Wölfle (SPD) und Jochen Haußmann (FDP/DVP). Moderiert wurde die Veranstaltung von Anna Koktsidou (SWR). ■



V.l.: Sabine Wölfle, Dorothea Wehinger, Christine Neumann und Anna Koktsidou



Tanzaufführung »Sprengt die Ketten« der Mädchengruppe vom Haus am Mühlebach



V.l.: Christina Baum, Jochen Haußmann und Manuela Rukavina

UNSERE PRESSEMITTEILUNG ZUM EQUAL PAY DAY

WIR VERDIENEN MEHR

»Wir wollen endlich gerecht bezahlt werden, denn diese Lohnungleichheit passt nicht ins Jahr 2017«, erklärt Manuela Rukavina, die Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg zum Equal Pay Day 2017. Damit sich etwas ändert, braucht es dringend ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz. Ein sehr kleiner Schritt in diese Richtung wurde Anfang des Jahres bereits getan. Das Bundeskabinett beschloss den Gesetzentwurf der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, das einen Auskunftsanspruch für Arbeitnehmerinnen vorsieht. In Unternehmen mit über 200 Beschäftigten sollen Frauen das Recht haben zu erfahren, was ihre männlichen Kollegen in gleichwertigen Positionen verdienen. Unternehmen mit über 500 Beschäftigten sollen außerdem verpflichtet werden, regelmäßig Auskunft über den Stand der Lohnungleichheit zu geben. »Leider wurde der Gesetzentwurf von der Wirtschaft und dem Wirtschaftsflügel der CDU weich gewaschen«, betont Manuela Rukavina. Der Landesfrauenrat

Baden-Württemberg fordert daher, dass Unternehmen nicht nur offenlegen müssen, welche Ungleichheit herrscht, sondern diese dann auch beseitigen müssen. »Sonst ist das Gesetz ja eigentlich absurd – nur zu wissen, dass ich weniger verdiene ändert ja überhaupt nichts«, so Rukavina.

In anderen Ländern wie Island wird dies nun Praxis. Dort müssen Firmen, die mehr als 25 Beschäftigte haben, künftig gegenüber dem Staat nachweisen, dass sie ihre Angestellten unabhängig vom Geschlecht bezahlen. Die Politik muss auch hierzulande endlich reagieren. »Wer den Grundgesetzauftrag ernst nimmt, muss auch bereit sein, in den Konflikt mit der Wirtschaft zu gehen. Jedes Jahr nur zu erklären, dass das mit der Entgeltungleichheit schon bedauerlich sei, reicht nicht. Wir erwarten von unseren Abgeordneten im Bundestag handfeste Änderungen und keinen Schmusekurs mit der Wirtschaft auf Kosten der Frauen im Land« erklärt Rukavina abschließend. ■



Demonstrantinnen trotzen dem Regen am Equal Pay Day



V.l.: Leni Breymaier und Manuela Rukavina



V.l.: Leni Breymaier, Gabi Frenzer-Wolf und Manuela Rukavina

EQUAL PAY DAY

EDELTRAUD WALLA – EINE MUTIGE KÄMPFERIN FÜR LOHNGERECHTIGKEIT

Die Stuttgarterin Edeltraud Walla kämpft seit Jahren für Lohngerechtigkeit. Die Schreinermeisterin, die an der Universität Stuttgart arbeitet, erfuhr durch Zufall, dass sie 1.200 Euro brutto weniger verdient als ihr männlicher Kollege. Sie beschloss dagegen zu klagen, doch scheiterte am Bundesverfassungsgericht. Doch die Kämpferin für Lohngerechtigkeit ging noch weiter, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – die letzte Hoffnung. Doch dort wurde Anfang des Jahres ihre Klage als unzulässig zurückgewiesen. Die Begründung lautete, ihr sei »kein erheblicher Nachteil entstanden«.

Unter den organisierten Frauen in Baden-Württemberg sorgte das für große Empörung. Schließlich kämpft Edeltraud Walla für uns alle. Um sich mit ihr zu solidarisieren und um sie für

ihren Mut auszuzeichnen erhielt Walla am 20. März den ersten LA VERA DONNA Preis des ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg. Darüber sind wir sehr erfreut und sagen Herzlichen Glückwunsch! Doch es sind hohe Gerichtskosten entstanden. Wir finden, dass Edeltraud Walla diese nicht alleine tragen soll und rufen dazu auf, sie zu unterstützen. Falls mehr Geld als das benötigte zusammenkommt, werden gemeinnützige Organisationen wie Sisters e.V. davon unterstützt. ■

Das Spendenkonto lautet:

IBAN:

DE 88 6006 9336 0000 8904 21

BIC: GENODES1RMA

Raiffeisenbank Maitis

Titel:

Edeltraud Walla-Entgeltdiskriminierung



Manuela Rukavina und Edeltraud Walla

IMPRESSUM

RUNDBRIEF

Publikation des Landesfrauenrats
Ausgabe 1-2017 (April)

Herausgeberin

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstr. 43, 70174 Stuttgart

Redaktion

Manuela Rukavina (verantw.),
Lea Krug, Dagmar Digruber-Weber

Layout

Strohm - Büro für Gestaltung,
Patricia Strohm

Nicht namentlich gekennzeichnete
Artikel sind von der Redaktion erstellt.

Fotos

Soweit nicht anders gekennzeichnet,
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Druck

FLYERALARM GmbH,
97080 Würzburg

Diese Publikation gibt es auch zum
kostenlosen Herunterladen im Internet
unter www.landesfrauenrat-bw.de
www.facebook.com/landesfrauenratbw
www.twitter.com/Landesfrauenrat

Unterstützt vom Ministerium für
Soziales und Integration Baden-
Württemberg